

Bruno Kreisky, Zwischen den Zeiten

Legende: Am 15. Mai 1955 unterzeichnen Österreich und die Alliierten und Assoziierten Mächte den österreichischen Staatsvertrag. Bruno Kreisky, Staatssekretär in der Regierung Raab, hat an den Verhandlungen mit der Sowjetunion in Moskau und Wien teilgenommen. In seinen Memoiren erinnert er sich.

Quelle: KREISKY, Bruno. Zwischen den Zeiten, Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. 2. éd. Berlin: Siedler, 1986. 494 S. ISBN 3-88680-148-9. p. 457-458; 464-472; 474-476.

Urheberrecht: (c) Bruno Kreisky

URL: http://www.cvce.eu/obj/bruno_kreisky_zwischen_den_zeiten-de-c5d07412-2d03-4257-aeb9-c6e4e380825b.html

Publication date: 02/07/2015

Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten*

[...]

Am 24. März 1955, als noch immer weitgehende Unklarheit darüber bestand, wer sich endgültig als Herr im Kreml etablieren werde, erhielt die österreichische Regierung eine Einladung Molotows nach Moskau: »Der Sowjetunion ist aus veröffentlichten Erklärungen des österreichischen Bundeskanzlers J. Raab seine positive Einstellung zur Möglichkeit einer Reise nach Moskau in Fragen, die mit dem Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich in Verbindung stehen, bekannt. In Anbetracht der erwähnten Erklärungen Herrn Raabs und indem sie die Herstellung eines persönlichen Kontaktes zwischen den führenden Staatsmännern der Sowjetunion und Österreichs als erwünscht erachtet, würde die Sowjetregierung die Reise Bundeskanzlers Raab nach Moskau in der nächsten Zeit sowie anderer Vertreter Österreichs, deren Entsendung nach Moskau die österreichische Regierung zu diesem Zweck für erwünscht hält, begrüßen.«

In Wien rief diese Einladung beträchtliche Verwirrung hervor, weil niemand wußte, was die Russen eigentlich von uns wollten. Sehr bezeichnend dafür war, daß mir ein kommunistischer Redakteur, Richard Neumann, den ich aus Schweden kannte, Jahre später, als ich bereits Bundeskanzler war, im Café Landtmann gestand, man habe sich in seiner Redaktion der Hoffnung hingegeben, daß die österreichische Delegation in Moskau an die Wand gestellt werde und die Russen zumindest die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung erzwingen, wie sie das in Prag und Budapest bereits vorgeführt hatten. Auch bei uns hielten es viele für möglich, daß die österreichische Delegation mit der Tatsache konfrontiert würde, daß an der Ems, der russisch-amerikanischen Demarkationslinie, der Eiserne Vorhang endgültig heruntergeht. Auf der anderen Seite gab es auch sehr positive Gerüchte. Der bekannte Journalist Nikolaus Basseches, der Kreml-Korrespondent der alten »Neuen Freien Presse«, machte unserem Botschafter in der Schweiz darüber Mitteilung, daß eine Wende in der Sowjetunion bevorstehe: ein Signal dieser Wende werde die Bereitschaft der Sowjetunion sein, mit Österreich einen Staatsvertrag abzuschließen.

Die Meinungen gingen weit auseinander. Auch innerhalb der österreichischen Regierung gab es zwei Fraktionen. Die einen gingen davon aus, daß in Moskau nichts Gutes für uns herauskommen werde; dieser Gruppe gehörten zwei einflußreiche Mitglieder der Bundesregierung an, der Innenminister Oskar Helmer und auch Außenminister Leopold Figl. Er vertrat den Standpunkt, man solle keine zu große Delegation nach Moskau schicken, um nicht unnötige Aufmerksamkeit und Hoffnung zu erregen. Figl meinte, es wäre am besten, Bundeskanzler Raab und Staatssekretär Kreisky, sozusagen den Ersten und den Letzten, nach Moskau zu senden. Raab und ich dagegen meinten, nach den Erfahrungen, die man mit Besuchen bei Diktatoren gemacht habe sei es klüger, eine bedeutende Delegation zu schicken. Falls Moskau unangenehme Forderungen stelle, müsse die Abordnung stark genug sein, gleich an Ort und Stelle nein zu sagen; wären hingegen echte Zugeständnisse zu erlangen, müßten wir noch in Moskau Entscheidungen treffen.

[...]

Für mich standen in den nun folgenden Monaten drei Fragen im Mittelpunkt. Zum einen vertrat ich den Standpunkt, daß vor dem Abschluß des Staatsvertrages eine Lösung über das sogenannte deutsche Eigentum gefunden werden müsse. Viele der Fabriken und die wichtigsten Betriebe in der sowjetischen Zone waren von den Russen übernommen worden, berühmte österreichische Unternehmen, darunter auch die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft. Die bereits verhandelte Lösung, der sogenannte Cherière-Plan, sah vor, daß wir den Russen für die Freigabe 150 Millionen Dollar Abfindung zahlen sollten. Mein Vorschlag war, daß wir uns verpflichteten, statt der 150 Millionen Dollar im entsprechenden Wert Waren aus der Produktion dieser und anderer Betriebe an die Sowjetunion zu liefern, um so die Beschäftigten der früheren USIA-Betriebe vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Am Rande einer ECE-Konferenz in Genf 1955 arrangierte Professor Gunnar Myrdal dann ein Gespräch zwischen mir und Kумыкин, dem stellvertretenden Außenhandelsminister der UdSSR. Kумыкин zeigte sich an meinem Vorschlag interessiert, machte mir aber keine direkten Hoffnungen. Ich hatte dennoch das Gefühl, daß das Gespräch vielversprechend gewesen ist und daß es möglich sein müßte, den Russen vor den eigentlichen Staatsvertragsverhandlungen gewisse Konzessionen abzurufen.

Der damalige Finanzminister Kamitz vertrat mit durchaus begreiflichen Argumenten die Meinung, wir sollten diese 150 Millionen Dollar ohne große Umstände zahlen, und zwar in bar, um den Russen nicht die Möglichkeit zu geben, uns ununterbrochen Schwierigkeiten zu machen. Nur hatten wir diesen Betrag gar nicht, sondern hätten ihn uns bei den Amerikanern ausborgen müssen. Mir schien es gefährlicher zu sein, eine solche wirtschaftliche Abhängigkeit zu dokumentieren als die andere (ich muß zugeben, daß ich dabei vom finnischen Beispiel ausging). Mein zweites Argument wog wohl noch stärker: »Was machen wir denn mit den Zehntausenden von Arbeitern und Angestellten in diesen Betrieben, wenn wir keine Beschäftigung für sie haben?« Meine Auffassung, die ich innerhalb der österreichischen Delegation später, bei den Verhandlungen in Moskau, mit großem Nachdruck vertrat, hat sich schließlich durchgesetzt; es kam zur Gründung einer Gesellschaft für die Ablöselieferungen an die Sowjetunion, deren Vorsitzender Raab und deren stellvertretender Vorsitzender ich war.

Ein zweiter großer Komplex betraf das Erdöl. Vor allem den Vizekanzler Schärf, der in wirtschaftlichen Fragen nicht so engagiert war wie ich, habe ich sehr bestärkt, daß wir auf die Erdölfelder nicht verzichten könnten. Wenn wir den Russen die Schürfrechte und vor allem die Ausbeutungsrechte überließen, so lautete meine These, würden sie hier im Land eine Macht bleiben, und wir würden der Welt nie unsere eigene Souveränität beweisen können. Den Russen gegenüber argumentierte ich ideologisch. Immer wieder fragten sie, warum uns so sehr an dem Öl gelegen sei; sie hätten doch die viel besseren Techniker und verstünden vom Erdöl eine Menge. »Schauen Sie«, sagte mir Mikojan, der Ölmagnat der Sowjetunion, »wir fördern jetzt in Österreich 3,2 Millionen Tonnen jährlich. Das hat niemand bisher zustande gebracht, wir haben neue Techniken und Technologien.« Meine Antwort war: »Sie haben neue Technologien. Aber wie wollen Sie Ihren Kampf gegen den Erdölimperalismus führen, wenn Sie selbst gegenüber Österreich eine erdölimperalistische Politik betreiben? Sie werden unsere Ressourcen ausbeuten, und ich werde Sie beschuldigen, daß Sie dasselbe praktizieren wie die großen amerikanischen Ölgesellschaften.« Das hat schon einen gewissen Eindruck auf die Russen gemacht.

Was wäre denn geschehen, so kann man fragen, wenn die Russen dreißig Jahre lang auf unseren Erdölfeldern sitzengeblieben wären? Für die Erdölfelder, die sie innerhalb von acht Jahren neu erschließen würden, wollten sie eine Frist von fünfundzwanzig Jahren. Das heißt, wir hätten noch bis Ende 1988 die Russen im Land gehabt. Sie haben zwar beteuert, daß sie die österreichischen Gesetze anerkennen und Steuern zahlen werden, und Raab hat ihnen das auch geglaubt. Er war an den Erdölquellen im Grunde nicht interessiert: »Des soll'n meinetwegen die Russen behalten, wenn sie Steuern zahlen. Die sind ja doch bald leergepumpt, da ist nichts mehr drin.« Wir anderen aber blieben hartnäckig, und am Ende behielten wir unsere Erdölfelder ebenso unter eigener Kontrolle wie die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft.

Die dritte und bei weitem komplizierteste Frage war, wie die Neutralität Österreichs definiert werden sollte. Im Anschluß an die ECE-Konferenz in Genf fuhr ich nach Bern und fragte den für die Außenpolitik zuständigen Schweizerischen Bundesrat Max Petitpierre, ob es bei seiner Regierung auf Bedenken stoßen würde, wenn Österreich sich an das schweizerische Vorbild anlehne. Im Gegenteil, meinte Petitpierre, es sei der Schweiz sogar sehr recht, wenn Österreich eine solche Lösung anstrebe. Ich ging dann sicherheitshalber noch zum Generalsekretär des Schweizerischen Außenamtes, Alfred Zehnder, einem großen Rußlandkenner, und zu dem für Österreich zuständigen Beamten in der Handelsabteilung im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, dem späteren Bundesrat Hans Schaffner. Auch ihnen schien die Idee eines neutralen Österreichs sehr verlockend, jedenfalls verlockender als der gegenwärtige Zustand. Daß ich mich in dieser Frage so gut vorbereitet und nach allen Seiten hin abgesichert hatte, erwies sich bei den Moskauer Verhandlungen als äußerst nützlich.

[...]

Bereits am Abend des ersten Verhandlungstages hatten wir ein Essen auf der österreichischen Botschaft, zu dem Molotow, Bulganin, Kaganowitsch, Kabanow, Semjonow und Gromyko erschienen. Es war eine riesige Gesellschaft - auch in den Nebenräumen hatte man Tische aufstellen müssen -, und es ging eine nicht endende Flut von Toasts auf uns nieder, die wir natürlich erwidern mußten. Zu später Stunde erhob sich Bulganin, um eine bedeutsame Erklärung abzugeben. »Die österreichische Frage«, so sagte er, »kann erst heute einer Lösung zugeführt werden. Diese Lösung entspricht bei aller Sympathie für das österreichische

Volk, für Wien, das ich gut kenne und wo ich einige Male war, nicht lyrischen Empfindungen. Wir haben geglaubt, daß wir das deutsche und das österreichische Problem zusammen werden lösen können, das war nicht möglich. Jetzt hat man eine Lösung für das deutsche Problem gefunden, die unerfreulich ist. Wir haben das zur Kenntnis zu nehmen und unsere Konsequenzen zu ziehen. Aber es besteht für uns jetzt kein Grund mehr, die österreichische Frage aufzuhalten. Und sie soll deshalb jetzt gelöst werden im Geist der Freundschaft, und diese Lösung soll die Grundlage für die Neuregelung unserer Beziehungen im Geiste der Freundschaft sein.«

Nach dem Frühstück am nächsten Morgen wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Zu Anfang waren die Russen zäh haltend, aber schließlich zeigten sie sich sehr großzügig. Das ist eine Erfahrung, die man mit Russen immer wieder macht. Wenn sie einmal »Njet« sagen, ist das leider meistens endgültig, und kein Russe geht von diesem Nein ab. Wenn sie sich aber zu Zugeständnissen innerlich entschlossen haben, kennt ihre Großzügigkeit oft keine Grenzen.

Der Wortführer auf russischer Seite war Molotow. Er führte anstelle von Bulganin das große Wort. Während der Verhandlungen herrschte eine sehr joviale Atmosphäre, für die vor allem Mikojan sorgte, der ganz offenbar der Vertrauensmann Chruschtschows war und den Ausschlag gab. Wenn Molotow zögerte, in irgendeinem Punkt nachzugeben, sagte Mikojan ganz einfach: »Na, also gut.« Aber eigentlich war auch Molotow zu praktisch jedem Entgegenkommen bereit. Er war mir als hart und verschlossen geschildert worden, aber schon in Berlin hatte ich einen ganz anderen Eindruck gewonnen: den eines äußerst gut erzogenen, eher zurückhaltenden und ausnehmend höflichen Mannes. Dazu kam, daß er, wie alle russischen Revolutionäre der alten Garde, ein Mann von großer literarischer Bildung war. Er war mit einer kultivierten russischen Jüdin verheiratet, die 1949 unter Spionageverdacht verhaftet und vier Jahre lang festgehalten worden war, weil sie Stalin gegenüber eine gewisse Distanz gewahrt hatte.

Mit Mikojan verstand ich mich am besten, was, wie ich glaube, auf einer gewissen gegenseitigen Sympathie beruhte. Er war der umgänglichsste unter allen Sowjetführern, die ich je getroffen habe, ein Mann, der gerne lachte, dabei ein souveräner Unterhändler. Er war sich, wie ich glaube, sehr der Effizienz der westlichen Wirtschaft bewußt, was Chruschtschow immer wieder zu spöttischen Bemerkungen herausforderte. Einmal, in irgendeiner Finanzsache, sagte Chruschtschow: »Wissen Sie, der größte Finanzfachmann unter uns ist Mikojan. Der war schon beim ‚Postraub‘ dabei.« Er wollte damit auf eine bekannte Episode anspielen: In den Jahren der Illegalität der Bolschewiki war Stalin in einen Überfall auf einen Transportwagen der Tifliser Staatsbankfiliale verwickelt gewesen. Mikojan kann zwar nicht daran beteiligt gewesen sein, aber für Chruschtschow spielte das offenbar keine Rolle. Als die frisch gedruckten Rubelscheine kurz darauf im Ausland auftauchten, ist der Polizei von Paris übrigens auch der spätere Außenminister Litwinow ins Netz gegangen. Es wird erzählt, daß es, als Litwinow später offiziell nach Paris kam, gewisse Schwierigkeiten gemacht habe, die entsprechende Aktennotiz zu löschen.

Die Diskussion über die Art der Neutralität begann damit, daß Molotow fragte, wie wir uns eine Garantie gegen einen möglichen Anschluß an Deutschland vorstellten. Einer gemeinsamen Garantieerklärung der vier Mächte war ich schon in Wien entschieden entgegengetreten, weil ich fürchtete, daß dann überall, nur nicht am Ballhausplatz, entschieden werde, wann Österreichs Unabhängigkeit gefährdet sei.

Etwa vier Wochen zuvor, am 17. März 1955, hatte ich bei mir zu Hause ein Abendessen, an dem Vizkanzler Schärf, der Chef der politischen Abteilung im Außenministerium, Josef Schöner, der stellvertretende sowjetische Hochkommissar Kudriawzew und ein weiterer sowjetischer Diplomat sowie der französische Geschäftsträger teilnahmen. Ich folge für diesen Abend der Darstellung des ebenfalls anwesenden schwedischen Botschafters Sven Allard, »Diplomat in Wien«: »Nach Beendigung der Mahlzeit griff Kreisky die Frage des Staatsvertrags sogleich auf und versuchte mit Unterstützung von Schärf und Schöner aufs neue, die beiden Russen zu bewegen, den Inhalt der von Molotow geforderten ‚Garantien gegen den Anschluß‘ näher zu präzisieren. Es gelang K(udriawzew), der im wesentlichen Wortführer der Russen war, mit großer Geschicklichkeit, einer Antwort auf Kreiskys Fragen auszuweichen, indem er sich unter anderem darauf berief, daß er nach der letzten Unterredung Molotows mit dem österreichischen Botschafter in Moskau am 14. März 1955 keine neue Orientierung über die Lage erhalten hätte . . . Hierauf ging K(udriawzew) seinerseits zur Offensive über und attackierte den Standpunkt der österreichischen

Regierung in ihrer letzten Antwort . . .

Hierauf nahm Kreisky zum dritten Mal die Frage der 'Garantien gegen den Anschluß' auf. Als K(udriawzew) sich darauf beschränkte, zu wiederholen, daß es Österreichs Sache sei, Vorschläge zu machen, beschloß Kreisky, selber die Initiative zu ergreifen. Er trat an ein Bücherregal und griff nach einem Band, der den Text der auf dem Wiener Kongreß 1815 unterzeichneten Verträge enthielt. Mit lauter Stimme las er einen Auszug jenes Übereinkommens vor, das damals über die Neutralität der Schweiz getroffen worden war. Er wandte sich hierauf unmittelbar an K(udriawzew) und fragte, ob die Sowjetunion Vertragsbestimmungen dieser Art - das heißt eine dauernde Neutralität nach Schweizer Vorbild - als eine hinreichende Garantie gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland betrachten könne. K(udriawzew) hatte Kreisky mit auffälligem Interesse zugehört. Ich beobachtete außerdem, daß er besonders reagierte, als die 'dauernde Neutralität der Schweiz' erwähnt wurde... Zu unserer großen Überraschung antwortete K(udriawzew) jedoch: 'Ja, dieser oder ein ähnlicher Vorschlag könnte auf jeden Fall einer weiteren Diskussion des österreichischen Staatsvertrags zugrunde gelegt werden.' Der vorgelesene Text müsse jedoch, fügte er hinzu, durch Bestimmungen über die Maßnahmen ergänzt werden, zu denen die Besatzungsmächte berechtigt sein sollten, falls die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu dem Anschlußverbot des Staatsvertrags Vorbereitungen treffen sollte, die als Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs verstanden werden müßten.«

Über diesen Punkt gab es auch in Moskau sehr langwierige Diskussionen, sowohl intern als auch mit den Russen, die das Wort Neutralität unbedingt ins Memorandum aufnehmen wollten. Ich wollte statt dessen den Ausdruck »Allianzfreiheit« haben, den man nur hätte definieren müssen. Am Ende kam es zu einer Formel, die beide Seiten befriedigte: Österreich sei »international dazu verpflichtet«, hieß es dann im Memorandum, »eine Neutralität der Art zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird«. Diese Formulierung hat sich bewährt. Aber als Mikojan zu seinem ersten Besuch nach Österreich kam - es

war nach der ungarischen Erhebung -, begann das Spiel von neuem, denn er sprach nicht von Neutralität nach Schweizer Vorbild, sondern wollte eine andere Interpretation. Das haben wir in unserer Antwort richtiggestellt.

Zwar beherrschte uns immer noch die Angst, daß im letzten Augenblick etwas dazwischenkommen könne. Aber am Ende bekamen wir eigentlich alles, was wir hatten erreichen wollen. Schwierige Diskussionen gab es nur noch darüber, ob der Abzug der Russen innerhalb eines Jahres, in neun oder in sechs Monaten erfolgen sollte. In dieser Frage vertraten wir beinahart die Auffassung, daß sämtliche Truppen in drei Monaten abgezogen sein müßten. Auch das haben wir schließlich durchgesetzt: Drei Monate nach dem Abschluß des Staatsvertrages haben die letzten russischen Truppen und auch die der Westalliierten Österreich geräumt. Am 26. Oktober, nachdem der letzte Soldat österreichischen Boden verlassen hatte, hat der Nationalrat das Bundesgesetz über die Neutralität Österreichs verabschiedet. Der Tag wurde 1965 zum Nationalfeiertag erklärt.

Der große Mann im Hintergrund, der in den Verhandlungen selbst nicht in Erscheinung getreten ist, war Nikita Chruschtschow. Ohne ihn hätten wir den Staatsvertrag wahrscheinlich nicht so leicht bekommen.

Als Bundeskanzler Raab bei seinem Moskau-Besuch im Jahre 1958 von Chruschtschow gefragt wurde, ob es irgendeine ungeklärte Frage gebe, hat der Bundeskanzler in seiner spontanen Art erwidert: »Eigentlich wollen wir Sie nur fragen, wieso es zum Abschluß des Staatsvertrages gekommen ist.« Da gab Chruschtschow eine Erklärung, die wahrscheinlich der Wahrheit entsprach. Man habe sich im ZK-Präsidium und später auch im Zentralkomitee darüber unterhalten, wie nach der Abkehr vom Stalinismus in der Innenpolitik auch in der Außenpolitik die neue Linie weithin sichtbar gemacht werden könne. Bei der Erörterung aller Möglichkeiten sei dem Präsidium als das geeignete Exempel der Abschluß eines Staatsvertrags mit Österreich erschienen. »Wir mußten ja auch unserem Volk ein Zeichen geben«, meinte Chruschtschow. »Um den neuen Kurs im Westen glaubhaft zu machen, mußten wir Positionen aufgeben, die die Rote Armee im Krieg erobert hat, aber der Westen mußte ja ebenfalls Österreich räumen.« Das war für die Sowjetunion auch deshalb von Bedeutung, weil damals die NATO im Entstehen war und manche Strategen mit Westösterreich als Brücke des westlichen Bündnisses rechneten. In diesem Augenblick ergriff

ich das Wort und fragte ohne Umschweife, weshalb man eigentlich nicht schon in Berlin entgegenkommender gewesen sei. Chruschtschow sagte mit großer Offenherzigkeit, Molotow habe im Präsidium den Standpunkt vertreten, man könne ein im Krieg erobertes Gebiet nicht ohne weiteres aufgeben; das würde kein Russe verstehen, denn schließlich seien Zehntausende von Rotarmisten bei der Eroberung Österreichs gefallen. Aus diesem Grund hat Molotow zur Zeit der Berliner Verhandlungen auf der Beibehaltung eines militärischen Kontingents in Österreich insistiert. Schließlich aber hat sich Chruschtschow mit seinem Konzept des österreichischen Staatsvertrages als eines weithin sichtbaren Zeichens der Entspannung durchgesetzt.

[...]

Auf die Frage, warum ich den österreichischen Staatsvertrag für den Anfang der Détente halte, möchte ich folgendermaßen antworten: Nach zehn langen Jahren, verschärft durch den Kalten Krieg, ist es aufgrund gemeinsamer Anstrengungen der vier Alliierten zu einem großen Ereignis gekommen, das internationale Signalwirkung gehabt hat: Österreich, in der Mitte Europas gelegen, hat seine volle Freiheit zurückerlangt.

Heute, wo es so viel unberechtigte, generalisierende Kritik an Österreich gibt, darf eines nicht übersehen werden: Im Osten Österreichs - dort, wo die Mehrzahl der Österreicher lebt - hat es einen gewaltigen Widerstand gegen die Machtergreifung des Kommunismus gegeben. Die Kommunisten haben dort nicht erreicht, was ihnen in Polen, Ungarn, Ostdeutschland und anderswo gelungen ist. Die Österreicher blieben unzugänglich und haben die Etablierung des kommunistischen Systems verhindert.

Auf westlicher Seite haben wir große Dankesschuld gegenüber dem amerikanischen Hochkommissar und Botschafter Llewellyn Thompson, einem der bedeutendsten Diplomaten des State Department. Er gehört zu der Gruppe jener Spitzendiplomaten, die Großartiges bei der Durchführung der »Policy of Containment« vollbracht haben. Der britische Hochkommissar Geoffrey Wallinger und der französische Gesandte Lalouette haben ihn bei seiner schwierigen Aufgabe unterstützt.

Chruschtschow selber trat erst beim Abschlußdiner im Kreml in Erscheinung. Ich werde nie vergessen, wie wir uns alle zum Photographieren aufstellten - es war das alte Stalinsche Politbüro vertreten: Bulganin, Chruschtschow, Molotow, Malenkow, Kaganowitsch, alles, was Rang und Namen hatte. Malenkow schien nicht genau zu wissen, wo er sich hinstellen sollte; er machte überhaupt einen sehr unsicheren Eindruck. Da sagte Chruschtschow: »Georgij, stell dich in die Mitte, dann werden die ausländischen Zeitungen wieder eine Menge zu kombinieren haben.« Aus dieser Äußerung habe ich nachträglich schließen können, daß das Schicksal Malenkows damals schon besiegelt war. Er hat es wohl geahnt. Er war eben doch zu sehr der Mann Stalins gewesen.

Während des Banketts haben wir auch über die Hintergründe der Liquidation Berijas einiges erfahren. Chruschtschow selbst erzählte, daß sie es mit der Angst bekommen hätten, als ihnen befohlen wurde, zu den Sitzungen des ZK-Präsidiums in Zukunft unbewaffnet zu erscheinen. Der einzige, der weiterhin mit seiner Pistole kam, sei Berija gewesen. Chruschtschow deutete an, daß er selber bei der Liquidation Berijas die maßgebliche Rolle gespielt habe. Aber man habe ihn liquidieren müssen, weil er tatsächlich ein Todfeind aller anderen Präsidiums-Mitglieder gewesen sei. Jeder habe das gewußt.

Mit Raab kam Chruschtschow viel besser aus als mit Schärf. Als Chruschtschow ihn als Kapitalist apostrophierte - Raab besaß eine Baufirma -, entgegnete Raab lächelnd: »Aber doch nur a sehr klaner.« Wann immer Chruschtschow ihm später begegnete, begrüßte er ihn: »Herr kleiner Kapitalist.« - Ich selbst habe mit Chruschtschow gelegentlich quasiideologische Auseinandersetzungen gehabt, denn ich war für ihn das Muster eines Sozialdemokraten und eines Antikommunisten obendrein. Mehrfach hat er mir das vorgeworfen.

Ein Epilog zu den Verhandlungen in Moskau: Zum Abschluß des großen Diners im Kreml hätte eigentlich der endgültige Text des Memorandums unterschrieben werden sollen. Vizekanzler Dr. Adolf Schärf erklärte jedoch: »Meine Herren, nach neun Uhr abends unterschreibe ich prinzipiell nichts.« Bundeskanzler Raab beharrte: »Ja, was ist nun mit dem Unterschreiben? Es ist doch alles klar!« Dr. Schärf blieb hart, nein, er

unterschreibe nicht. Ich war ebenfalls der Meinung, man solle das Memorandum erst am nächsten Morgen unterschreiben, damit man sich nicht dem Vorwurf hemmungsloser Journalisten aussetze, nach üppigem Essen und viel Wodka unterschrieben zu haben. Einer der Gründe, warum Raab zur Unterschrift gedrängt hat, war, daß er den guten Abschluß der Verhandlungen bereits durch seinen Pressechef nach Wien durchgegeben hatte. Die Russen, auch hier wieder entgegenkommend, sagten: Gut, unterschreiben wir eben morgen.

Auch während der Verhandlungen waren Schärf und ich eher zögernd gewesen. Raab dagegen drängte auf einen schnellen Erfolg: Er hatte die Wahlen vor der Tür und wollte als »Staatsvertragskanzler« in den Wahlkampf gehen. Er wurde der »Staatsvertragskanzler«, und so gewann er die Wahlen 1956. Wenn der Staatsvertrag eine alles in allem so befriedigende Form bekommen hat, daß er uns heute fast in keinem Punkt stört, ist dies auch ein Verdienst der sozialistischen Regierungsfraktion gewesen.

Unterschrieben haben wir am nächsten Morgen in folgender Reihenfolge: Raab, Schärf, Figl, Kreisky. Alles war sehr feierlich, trotz des vollen Tageslichts. Als die Zeremonie zu Ende war, sagte Molotow lächelnd: »Aber die Wiener haben das schon heute in der Früh in den Zeitungen gelesen.« Schärf hat gelächelt, Raab etwas gebrummt, und die Russen haben geschmunzelt.

Zu Mittag flogen wir nach Hause. Dort wurden wir mit ungeheurem Jubel empfangen. Tausende säumten die Straßen vom Flughafen Bad Vöslau nach Wien. Dieser 15. April 1955 war der größte Tag meines politischen Lebens. Nie wieder, so schien es mir, würde ich ähnliches erleben. Und so ist es bis heute geblieben.

[...]